

Vorlage Nr.: 2025/0664

Eingang: 02.07.2025

Möglichkeiten und Chancen von Outsourcing bei der Stadt Karlsruhe

Anfrage: FDP/FW

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	30.09.2025	31	Ö	Kenntnisnahme

1. In welchen Bereichen der Stadt Karlsruhe können angesichts der städtischen Haushaltslage Tätigkeiten und Dienstleistungen ausgegliedert und an externe bzw. privatwirtschaftliche Dienstleister vergeben werden? Welche Pläne und Überlegungen gibt es bei der Stadtverwaltung, um den Fokus hier wieder vermehrt auf die städtischen Hauptaufgaben zu legen?
2. In welchen Bereichen der Stadt Karlsruhe fanden in den letzten zehn Jahren die größten Personalzuwächse statt und wie wurden diese begründet?
3. Wie stellt die Stadt Karlsruhe eine umfassende Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich des Personalzuwachses in den verschiedenen Bereichen der Stadt Karlsruhe her, um eine hohe Legitimation und Akzeptanz bei der Stadtbevölkerung im Hinblick auf den schonenden Einsatz von Personal- und Finanzressourcen zu erreichen?
4. Wie ist die Entwicklung der letzten Jahre bei der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) einzuordnen und zu bewerten?
 - a) Wie viele Personen haben seit Gründung der Agentur im Jahr 2009 eine Beratung vor Ort zu den Bereichen Klima, Energie und Mobilität aufgesucht? Welche Rückmeldungen und Feedbacks hat die Stadtverwaltung bisher zu dem bestehenden Angebot der KEK von den Bürgerinnen und Bürgern erhalten?
 - b) Gibt es Themenfelder der Klimaschutz- und Energieberatung, die exklusiv und ausschließlich von der KEK und keiner anderen Beratungsstelle bedient und aufgegriffen werden?
 - c) Wie ist der hohe Personalanstieg bei der KEK von drei Mitarbeitern im Jahr 2009 auf ca. 33 Mitarbeiter im Jahr 2025 darzulegen und zu begründen?
 - d) Welche Möglichkeiten und Optionen bestehen hinsichtlich einer möglichen Ausgliederung dieser Beratungstätigkeiten an externe bzw. privatwirtschaftliche Dienstleister wie in anderen deutschen Städten?

Sachverhalt / Begründung:

Hinsichtlich der Entwicklung des Haushaltsdefizits bei der Stadt Karlsruhe müssen auch über Jahre etablierte Bereiche und Tätigkeiten einer kritischen Analyse und Betrachtung unterzogen werden, damit knappe Finanz- und Personalressourcen schonend und für die Stadtbevölkerung zielführend eingesetzt werden.

Hierbei müssen auch bestehende Einrichtungen, mögliche Doppelstrukturen und enorme Personalzuwächse in manchen Bereichen überdacht sowie die städtischen Kernaufgaben wieder neu fokussiert werden. Dienstleistungen, die externe Anbieter ebenso zur Verfügung stellen, sollten hinsichtlich einer sorgsam und ökonomischen Verwendung öffentlicher Gelder sachlich und neutral reevaluiert werden.

Hierzu gehören möglicherweise auch die Leistungen der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK). Seit 2009 bietet diese Beratungen, Informationen und Vernetzungen in den Bereichen Klima, Energie und Mobilität für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen an. Trotz dieser ehrenwerten Absichten und Ziele im Rahmen der städtischen Energie- und Klimaschutzpolitik sollte hinsichtlich dieser Beratungstätigkeiten die Frage nach Outsourcing bzw. Ausgliederung gestellt werden, wie dies in anderen deutschen Städten ganz selbstverständlich üblich ist und praktiziert wird. Die alternativen Informationsquellen bei der Energie- und Klimaschutzberatung sind hierbei mannigfaltig und umfangreich. Insbesondere jüngere Bürgerinnen und Bürger informieren sich über entsprechende digitale Plattformen. Unternehmen steuern ihre jeweiligen passenden Anlaufstellen meistens zielgenau und branchenspezifisch an.

Verwaltungsabläufe und -entscheidungen erhalten eine hohe gesellschaftliche Legitimation und Akzeptanz, wenn diese ökonomisch durchdacht sowie nachvollziehbar sind und transparent dargelegt werden können. Daher müssen auch bei der Stadt Karlsruhe Einrichtungen, Tätigkeitsfelder und Arbeitsprozesse immer wieder kritisch beleuchtet werden, um einen respektvollen ressourcenschonenden Einsatz zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Stadtverwaltung zu stärken.

Unterzeichnet von:

Dr. Stefan Noé
Thomas H. Hock
Annette Böringer
Petra Lorenz